

Ist das der Weg zu einem palästinensischen Staat?!

Bericht von einer Informationsreise nach Israel/Palästina im April 1995

von Alisa Fuss

(Präsidentin der Internationalen Liga für Menschenrechte Berlin)

INHALT

Einleitung

I. Die untergeordnete Rolle der Palestine National Authority

Das Kairoer Abkommen

II. Die Lähmung der israelischen Linken

Exkurs: Gush Shalom, der Friedensblock um Uri Avnery

Atommacht Israel

Gründe für die Lähmung

Ein Beispiel, das Hoffnung macht

III. Die aktuelle Situation einiger oppositioneller Organisationen

1. Frauen in Schwarz

2. Kav La'oved

3. Israelische Gewerkschaft

4. Physicians for Human Rights

IV. Die palästinensische Gesellschaft – politische Opposition seit Oslo 1993

Einleitung

Die Palästinenser begannen den Friedensprozeß in der Erwartung, der Verhandlungsprozeß werde schrittweise zu dem eigentlichen Ziel – einem palästinensischen Staat – und zu einer einvernehmlichen Regelung des Status von Jerusalem sowie des Problems der palästinensischen Flüchtlinge von 1948 führen. Israel kann natürlich fortfahren, jede Schwäche der palästinensischen Führung zugunsten einer „Open-End-Hinhalte-Politik“ zu nutzen. Das ist aber für die gesamte Region und nicht zuletzt für Israel selbst gefährlich. Das alte Spiel, das von der einfachen Annahme ausgeht, jeder Verlust auf der palästinensischen Seite sei ein Gewinn für die israelische, kann gar nicht aufgehen und ist mit dem Prozeß der Friedensverhandlungen und der Vertrauensbildung ganz unvereinbar. Die gegenwärtig praktizierte, im Prinzip unveränderte Politik der israelischen Regierung gegenüber den Siedlern, das sattsam bekannte „Laissez-faire“, die Duldung und indirekte Unterstützung, kommt – die vergangenen Monate zeugen davon – einer faktischen Desavouierung des Friedensprozesses gleich. Solange der Status der israelischen Siedlungen nicht geklärt ist, die – im Widerspruch zum Völkerrecht – quer durch die Westbank und den Gaza-Streifen errichtet sind, kann der begonnene Friedensprozeß nicht wirklich zur Entfaltung kommen. Die Abkehr von der völkerrechtswidrigen Siedlungspolitik ist allein Sache der israelischen Regierung. Um das Problem in Zahlen zu verdeutlichen: In den besetzten Gebieten insgesamt gibt es 300.000 jüdische Siedler – gegenüber 1,5 Millionen Palästinensern. Die Entwicklung geeigneter Lösungen, um die israelischen Siedler in die Grenzen des israelischen Kernlands zurückzuholen, müßte integraler Bestandteil des Friedensprozesses sein und erfordert perspektivisches Denken bei allen beteiligten Parteien. Es steht außer Frage, daß Israel hier in der Verantwortung ist.

I. Die untergeordnete Rolle der Palestine National Authority

Bei der Übergabe von Gaza und Jericho an die Palästinenser behielt Israel die Kontrolle über die äußere und letztlich auch über die innere Sicherheit des Gebiets. Israels De-facto-Herrschaft ist durch zahlreiche Vorkehrungen abgesichert. Die Palestine National Authority (PA) ist auf einen Apparat reduziert, der politisch und juristisch dem Besatzungsregime vollständig untergeordnet ist. Handlungsspielräume gibt es kaum. Jede neue Exekutivfunktion oder Verantwortung, die auf die PA übertragen wird, ist akribisch definiert, um Mißverständnisse über den begrenzten Charakter der Kontrollübertragung nicht aufkommen zu lassen.

Die fünf Bereiche, deren Kontrolle auf die PA übertragen werden sollen, sind ohnehin eher nachgeordnete Felder politischer Entscheidung. Es handelt sich um: Bildung, Kultur, Gesundheitswesen, Sozialfürsorge, Tourismus. Dazu kommt noch die Steuererhebung, allerdings nur die direkte Steuererhebung. Die Steuerbehörde wird zwischen Israel und der PA aufgeteilt sein. Gemäß Begins Leitspruch: „Autonomie für das Volk, aber nicht für das Land“, werden auch weiterhin die israelischen Behörden für das ganze palästinensische Land innerhalb des Hoheitsbereichs der PA Steuern eintreiben. Die Zuständigkeit der PA ist ausschließlich auf die Erhebung und Eintreibung der Einkommens- und Mehrwertsteuer beschränkt.

Überdies ermächtigt das Abkommen Israel, Gewalt anzuwenden, um die Bodensteuern von palästinensischen Landeigentümern einzutreiben. Dagegen ist es der PA untersagt, in ihrem Hoheitsbereich Einkommenssteuern von Israelis zu erheben. Eine derart einseitige „Ermächtigung“ zerstört die Hoffnungen der Palästinenser auf ein würdiges Dasein in einer souveränen nationalen Heimstätte.

Nach dem Abkommen von Kairo wird Israel die Last der Verwaltung über 50% der Bevölkerung der besetzten Gebiete los, muß aber nur 5% des 1967 besetzten Landes wieder zurückgeben – so sieht es die israelische Regierung durchaus mit Wohlwollen, daß die Zahl der bewaffneten Polizisten zur Zeit schon 18.000 beträgt, weit mehr als die in Oslo festgelegte Zahl von 7.000 –, denn nun soll die PLO die Aufgabe lösen, die das israelische Militär nicht bewältigt hat: den Kampf gegen Hamas. Den Palästinensern wird also die Verwaltung der sozialen und ökonomischen Probleme überlassen, nicht jedoch die Regelung und Kontrolle des eigenen gesellschaftlichen Lebens. Folglich wird es künftig allenfalls eine „Besatzung mit palästinensischer Billigung“ oder, wie es Rela Mazali von den PHR treffend ausdrückte, eine „selbstverwaltete Besatzung“ geben.

Die letztlich entscheidende Frage für die palästinensische Gesellschaft ist aber heute immer noch, ob der in Oslo und Washington eingeleitete Friedensprozeß überhaupt eine Zukunft hat?!

Einige klare Antworten:

1. Ohne eine Lösung der Siedlungsfrage, ohne den sofortigen Stop des Siedlungsbaus und der Landenteignung ist der Friedensprozeß nicht das Papier wert, auf dem er geschrieben wurde.
2. Palästinensische Wahlen müssen in unmittelbarer Zukunft durchgeführt werden, um den Friedensprozeß auf palästinensischer Seite zu legitimieren und die Entwicklung einer palästinensischen Demokratie wenigstens im Ansatz zu ermöglichen.
3. In Jerusalem müßte zumindest eines so schnell wie möglich erreicht werden: Ein Stop aller einseitigen Veränderungen innerhalb der Stadt, d. h. vor allem ein Stop weiterer Baumaßnahmen, durch die noch schnell Fakten geschaffen werden sollen.

Das Kairoer Abkommen

Doch wesentliche Änderungen an der militärischen Vorherrschaft Israels in der Westbank werden nicht einmal erwogen. Um die Zuständigkeit Israels für die Sicherheit in der Westbank zu untermauern, ist die PA gemäß Art. VI.4 des Kairoer Abkommens verpflichtet, die Besatzungsbehörden über jede „größere geplante öffentliche Veranstaltung zu informieren“. Auf diese Weise kann die Versammlungsfreiheit – ob Protestveranstaltungen von Studenten, verärgerten Sozialhilfeempfängern oder Steuerzahlern – vom israelischen Militär jederzeit, selbst bei Anwesenheit der PA-Kräfte, unterdrückt werden. Folgerichtig und ganz im Geiste von Begin erklärte der Chef der „zivilen“ Verwaltung der Westbank General Gadi Zohar: „Wir übertragen die Kontrolle über Probleme, nicht jedoch über das Land.“ (*Al Ha'Mishmar*, Juli 1994)

Das Abkommen stellt, wie schon viele seiner Vorläufer, einen abermaligen Versuch dar, die israelische Besatzung gesetzlich festzuschreiben. Die Besatzungspraxis Israels, das heißt sämtliche illegalen Handlungen und rechtswidrig geschaffenen Fakten, werden damit sanktioniert. Israel wird von jeglicher rechtlichen Verantwortung für Verbrechen befreit, die während der inzwischen über 27 Jahre dauernden Besatzung an der palästinensischen Bevölkerung verübt wurden. Die zivilen Opfer der israelischen Todesschwadronen, aber auch die vielen Landeigentümer, die in diesen Jahren ihres Eigentums beraubt worden sind, können kaum Entschädigungsforderungen geltend machen. Schlimmer, vor allem demütigend ist der Umstand, daß solche Ansprüche, deren Adressat naturgemäß der israelische Staat wäre, nach Art. IX, 1-a,b des Abkommens an „die PA herangetragen werden müssen“, die für den Fall, daß Israel tatsächlich einmal zur Zahlung einer Entschädigung verurteilt wird, laut Art. IX, 1-e verpflichtet ist, „Israel die volle Summe der Entschädigungszahlung zurückzuerstatten“. Mit diesen Bestimmungen wird von den Opfern nicht nur gefordert, für

die Folgen der Untaten letztlich selber aufzukommen, sondern dem Täter auch noch zu helfen, so zu tun, als käme er – der ja nominell die Entschädigung bezahlt – seiner Verpflichtung tatsächlich nach. Das läuft auf eine Pauschalamnestie für die Täter hinaus.

Dabei muß noch betont werden, daß es sich hierbei – wie bei anderen Bestimmungen des Kairoer Abkommens auch – um Vorleistungen handelt, die Israel der palästinensischen Seite noch vor dem Abschluß des Friedensabkommens auferlegt, ohne jedwede Garantie, daß die bestehende rechtliche Unterordnung durch den noch zu schließenden Friedensvertrag künftig aufgehoben wird.

In der Tat gibt es diese Garantie nicht. Jossi Sarid, Regierungsmitglied vom Meretz-Block, erklärte nach dem schrecklichen Terroranschlag der Hamas in Tel Aviv: „Die PLO [d.h. Arafat] soll die Hamas von der politischen Landkarte entfernen. Erst dann werden sie von uns etwas bekommen. Wir [d.h. Israel] haben bereits alles, was wir wollten: Die Anerkennung [des Staates Israel] und das Ende der Intifada!“. Shimon Peres erläuterte bei einer anderen Gelegenheit: „Sie [die Palästinenser] waren es, die ihre Haltung geändert haben, nicht wir. Wir verhandeln nicht mit der PLO, sondern mit ihrem Schatten.“ Bekanntlich wollte sogar schon Shamir seinerzeit Gaza loswerden – ein ganz und gar unfruchtbares, armes und überbevölkertes Gebiet, das nur vor schwer zu lösende Probleme stellt, ohne irgendeinen anderen als den strategischen Wert, den es für Israel einmal hatte.

Bei solchen Äußerungen geht es – wie der israelische Professor Amnon Raz richtig bemerkt – weniger um den Wortlaut, sondern um das historische Bewußtsein, das sich darin äußert. Sie zielen auf das nationale Gedächtnis der Palästinenser ab, quasi als „Befehl“, sich dem zionistischen Geschichtsbild zu fügen. Mit anderen Worten: Bedingungslose Aufgabe des nationalen Bewußtseins, Tilgung der Erinnerungen. Übersehen wird dabei allerdings, daß Demütigungen, Erniedrigungen und jeder weitere Schmerz das Gespür für die eigene Identität und das erlittene Unrecht verstärkt, nicht schwächt.

II. Die Lähmung der israelischen Linken

Die Geschichte der israelischen Protestbewegung läßt sich chronologisch grob in drei Perioden einteilen:

Die erste Periode

Die Entstehung einer politischen Kraft in Israel, die die Bezeichnung Protestbewegung verdient, fällt in die Zeit der späten 70er bis Mitte der 80er Jahre. Wichtige Meilensteine in dieser Periode war die Gründung des Solidaritätskomitees zur Unterstützung der Universität Bir Zeit sowie des Komitees gegen den Krieg im Libanon, das im Jahre 1982 angesichts der israelischen Invasion in Libanon entstand.

In diesen Komitees war das gesamte linke Spektrum vertreten: die Kommunistische Partei, das Alternative Informationszentrum B'Tselem, die sozialistische Linke SHASI, die Gruppe links-zionistischer MAPAM-Dissidenten SHELI von Juden und Palästinensern israelischer Staatsangehörigkeit sowie der Studentenverband CAMPUS, der seinerseits ein Bündnis studentischer Organisationen darstellte und Büros in Jersusalem, Tel Aviv und Haifa hat.

Die von allen anerkannte gemeinsame Plattform forderte erstens die Anerkennung der PLO als alleinige Repräsentantin des palästinensischen Volkes und zweitens die sogenannte Zwei-Staaten-Lö-

sung des Israel-Palästina-Konflikts. Beide Forderungen standen damals im Widerspruch zum israelischen „Nationalkonsens“ und bedeuteten Opposition zur israelischen Staatsdoktrin.

Gleichwohl und ungeachtet der aktiven Solidarität mit den Palästinensern beruhte die gemeinsame Plattform auf dem strikten Prinzip der Souveränität und gegenseitigen Unabhängigkeit der palästinensischen und der israelischen Oppositionsbewegungen. Darin spiegelte sich die Auffassung wider, daß je eigene Geschichte und Identität des jüdischen und des palästinensischen Volks auch einen je eigenen Zugang zur Lösung des Israel-Palästina-Konflikts mit sich bringt. Zu dem Ziel „Zwei Staaten für zwei Völker“ konnten deshalb notwendig auch nur je verschiedene Wege und Strategien führen. Trotz vieler gemeinsamer, z. T. militanter Aktionen innerhalb Israels zur Unterstützung der Kämpfe in den besetzten Gebieten – z. B. die Solidaritätsaktionen des Komitees der Bir Zeit Universität, des Komitees des Flüchtlingslagers Deheische oder des BEITA-Komitees – sollte daher keine Strategie eines gemeinsamen Kampfes auf beiden Seiten der grünen Linie – den Grenzen Israels vor 1967 also – entwickelt werden.

In diese erste Periode gehört auch das Erstarken der PEACE-NOW-Bewegung (Shalom Achshav/ Frieden Jetzt), die sich hauptsächlich aus dem linken Teil der zionistischen Arbeiterbewegung rekrutierte. PEACE NOW beschränkte sich auf den Protest gegen Kriege und militärische Ausschreitungen Israels in den besetzten Gebieten, trat jedoch nie für die Anerkennung der PLO und die Errichtung eines eigenständigen palästinensischen Staats ein. Damit soll die Leistung dieser Bewegung nicht geschmälert werden. Zwar hinkte *Peace Now* den „radikaleren“ linken Kräften in Israel stets hinterher, denen es überhaupt den Anstoß zu politischer Profilierung verdankte. Umgekehrt verstärkte jedoch die breite Basis dieser Bewegung die Wirkung auch der Aktionen der linken Komitees. Exemplarisch sei an die imposante Massendemonstration vom 6. Juli 1982 gegen den Libanonkrieg in Tel Aviv erinnert, zu der alle linken Kräfte aufgerufen hatten, was zu 100.000 Teilnehmern führte und eine nachhaltige Wirkung über die Grenzen Israels hinaus hatte. Das radikalere „Komitee gegen den Krieg“ vermochte bei einer Protestdemonstration Ende Juni – also kurz davor – nur 15.000 ProtestiererInnen auf die Beine zu bringen.

Die zweite Periode

Mit der Entstehung der Intifada im Dezember 1987 etablierten sich erstmals autonome Frauengruppen in Israel, die gegen die Okkupation und die Besatzung auftraten. „Frauen in Schwarz“ und „Frauen und Frieden“ waren die ersten beiden Gruppen, in denen sich Frauen zusammenschlossen, die mit der Losung „Stopt die Besatzung“ die Intifada politisch unterstützten und darüber hinaus für die Zwei-Staaten-Lösung eintraten. Später entstand das „Netzwerk Frauen und Frieden“, in dem insbesondere auch Frauen aus dem linken Flügel der MAPAM sowie von MERETZ aktiv waren, die als Parteien jedoch weniger radikale Positionen vertraten und vertreten als diese Frauengruppen.

In diese Zeit fällt auch die Gründung des Bündnisses „Dai La'kibush“ (Schluß mit der Okkupation). Bedingt durch die vielen politisch nicht eingebundenen jungen Anhänger dieses Bündnisses änderte sich nunmehr das innere Bild von einer „linken Front“. Was vordem auf vielen Verhandlungen und Absprachen unter den verantwortlichen Funktionsträgern der politischen Organisationen beruhte, war nunmehr eine eher spontan zustande gekommene breite Übereinkunft der vielen unabhängigen Aktivisten. Die Forderung nach einer „Zwei-Staaten-Lösung“ war breit vertreten und galt fast

als Minimalkonsens bei den vielen Protest-Aktivitäten gegen die Okkupation und die Verletzung der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten Gebieten.

Das Erstarken der jüdisch-israelischen Gruppen hing nicht zuletzt mit der Intifada, bzw. den brutalen Unterdrückungsmaßnahmen der israelischen Regierung zusammen. Das Osloer Abkommen führte zu ihrer Verkümmern: Viele glaubten an den Anbruch einer neuen Epoche und überließen Rabin und Arafat das Feld. Diese Erscheinung war und ist allerdings nicht nur bei der israelischen Linken zu beobachten. Selbst alte PLO-Kämpfer, die schon x-mal im Gefängnis saßen, sagen heute: „Nicht einmal einen Stein würden wir aufheben, um ihn auf israelische Soldaten zu werfen.“ Sie setzen ihre Hoffnungen auf den Friedensprozeß. Diejenigen, die ihre Hoffnung nicht auf Rabin und Arafat setzen, sind in dieser Situation auf die HAMAS verwiesen; sie ist gegenwärtig die einzige Opposition. So ist es nicht verwunderlich, wenn es heute allenthalben heißt, bei der HAMAS seien inzwischen viele völlig areligiöse Palästinenser organisiert.

Die dritte Periode

Die dritte Periode begann 1992 mit der „Arbeiterblock-Meretz-Regierung“, die mit Unterstützung der Kommunistischen Partei und der arabischen Abgeordneten in der Knesset (heute munkelt man: auch mit Unterstützung der PLO) zustandekam. Die Reaktion des „Friedenslagers“ war – komplette Sprachlosigkeit! PEACE NOW beschränkte sich darauf, die Regierungspolitik zu unterstützen. Angesichts des nunmehr entstandenen Vakuums rief Uri Avnery den *Gush Shalom* (Friedens-Block) ins Leben, der die Regierungspolitik kritisch begleiten sollte.

Eine Veranstaltung von Gush Shalom, dem Friedensblock um Uri Avnery

Gush Shalom hat eine Versammlung im Sokolov-Haus in Tel Aviv, dem Treffpunkt der Journalisten, einberufen. Referent ist Ahmed Tibi, der persönliche Berater Arafats. Thema: „Wie ist der Friedensprozeß zu retten?“ Eintritt frei.

Schon vor Beginn sind zehn Mitglieder der radikalen Siedlerorganisation Gush Emunim (Block der Gläubigen) im Saal, um die Veranstaltung zu stören. Ihre lautstarken Provokationen – „Verräter“, „Israel-Feinde“, „Tod über euch“ usw. – behindern das Zuhören so sehr, daß einige Beherzte von Gush Shalom „die Sache in die Hand nehmen“ und sie trotz Widerstand und Protest des Saales verweisen. Die Versammlung nimmt ihren geplanten Verlauf. Ahmed Tibi erläutert in Ruhe die Position der PLO. Der Hauptwert einer solchen Versammlung ist vor allem darin zu sehen, daß mitten in Tel Aviv Juden und Palästinenser über eine gemeinsame Zukunft diskutieren.

Auch danach auf der Straße ist keiner der Störer mehr zu sehen. Offenbar waren sie über den „Empfang“, der ihnen bereitet wurde, sehr verblüfft, denn so etwas war ihnen noch nie passiert. Bisher gelang auch kleinen Gruppen von ihnen die Sprengung selbst großer Veranstaltungen so gut wie immer. Nicht zuletzt, weil die Friedensgruppen, um ihren eigenen Anspruch nicht zu diskreditieren, stets nur beschwichtigend auf sie einredeten. Allerdings hatte dieser Vorgang innerhalb von Gush Shalom ein Nachspiel. Zwei Mitglieder sind überzeugte Pazifisten und können das Vorgehen ihrer Freunde nicht gutheißen. Die Diskussion ist noch nicht ausgestanden!

Bei den wöchentlichen Montagssitzungen des Aktionskomitees von Gush Shalom, an denen ich teilnahm, wurde von verschiedenen Anstrengungen berichtet, in Zukunft möglichst viele Aktivitäten gemeinsam mit Palästinensern zu initiieren. Dabei sollen die folgenden grundsätzlichen Forderungen gelten:

1. Ein palästinensischer Staat in der West-Bank und in Gaza
2. Auflösung der jüdischen Siedlungen in diesen Gebieten

3. Jerusalem – gemeinsame Hauptstadt beider Völker
4. Freilassung aller palästinensischen Gefangenen
5. Keine Terrorakte gegen Zivilisten, ganz gleich welcher Seite.

Atommacht Israel

Bekanntlich ist Israel dem Atomwaffensperrvertrag bisher nicht beigetreten. Es sind aber Verhandlungen mit Ägypten darüber im Gange. Das VANUNU-KOMITEE (Vanunu ist der Name eines israelischen Atomphysikers, der jahrelang im israelischen Atommeiler gearbeitet und später in England über Israels Atompolitik berichtet hat, um die Weltöffentlichkeit aufzuklären. Er wurde vom israelischen Geheimdienst gekidnappt und sitzt seitdem seine lebenslange Haftstrafe in absoluter Isolation ab), dieses Komitee also sammelt Unterschriften von Prominenten und Organisationen, um Druck auf die israelische Regierung auszuüben und sie dazu zu bewegen, den Atomwaffensperrvertrag zu unterzeichnen. Gush Shalom beteiligt sich ebenfalls an der Kampagne. Die israelische Regierung lehnt den Beitritt zum Sperrvertrag ab. Eine Umfrage ergab, daß 71% der jüdischen Bürger Israels die Regierungsposition stützen, aber immerhin 38% für die Unterzeichnung sind.

Gründe für die Lähmung

Für das Verschwinden der linken Opposition von der politischen Bühne Israels können im wesentlichen vier Hauptgründe angeführt werden:

1. Der Golfkrieg: Die zionistische Linke wollte nichts mehr von den Palästinensern wissen;
2. die Deportation von über 400 angeblichen HAMAS-Mitgliedern nach Libanon durch die Rabin-Regierung – mit dem Einverständnis der Regierungsmitglieder des MERETZ-Blocks;
3. Schluß der Intifada;
4. das Osloer Abkommen: „Rabin und Arafat werden es schon machen.“

Ein wesentlicher Faktor für die Erlahmung der Protestbewegung muß jedoch darüber hinaus in der Tatsache gesehen werden, daß die Protestbewegung der 70er und 80er Jahre sich ausschließlich auf den aktuellen nationalen Konflikt beschränkt hat. Im Kielwasser der zionistischen Linken wurden nur die Grenzen von 1967 thematisiert. Der Blick auf die Wurzeln des Konflikts schien versperrt. Das Problem der palästinensischen Flüchtlinge von 1948 wurde nicht angetastet. Vielleicht hegte man die (trügerische) Hoffnung, auf diese Weise „Politikfähigkeit“ zu zeigen und damit einen größeren Einfluß auf die israelische Gesellschaft zu erlangen. Tatsächlich jedoch verlangte man so von den seit 1948 in Israel lebenden, rechtlich benachteiligten und sozial unterdrückten Arabern, ihre eigenen Probleme – etwa die Bodenkonfiszierung – zu ignorieren und statt dessen den Kampf gegen die Besatzung von 1967 zu unterstützen.

Des weiteren muß festgestellt werden, daß die Protestbewegung den nationalen Mythos „Sicherheit“, worunter stets nur die Sicherheit Israels zu verstehen war, nie prinzipiell in Frage gestellt hat. Die Tatsache, daß Israel als Besatzungsmacht so oder so das Sicherheitsproblem Nr. 1 darstellt, wurde von der neuen Protestbewegung nicht thematisiert und möglicherweise nicht 8einmal gesehen.

Wie tief der israelische kulturelle Code sitzt:

Meine Freundin R. arbeitet in einem Institut für Lehrerfortbildung. Intelligente, ernste junge Lehrerinnen und Lehrer. Feisal Hussein, seinerzeit mit Hanan Ashrabi Delegationsleiter in Madrid, hat in seinem „Institute for Arab Studies“ eine Landkarte herausgegeben, in die er statt der hebräisierten, heute geläufigen Namen ehema-

liger arabischer Orte die ursprünglichen arabischen gedruckt hat. Unter den Lehrern lauthals große Empörung, Protest. Meine Freundin R.: „Aber wir haben das doch gemacht! Aus Bet Jobrin Gobrín, aus Zafrur Zipori, aus Mijdal Migdal, aus Ludd Lod, usw. usf. Ganz zu schweigen von den 400 arabischen Dörfern, die völlig von der Landkarte und aus der Realität verschwunden sind!“ Die jungen Lehrer: „Aber das ist doch ein Zeichen, daß sie uns vernichten wollen!“ – Sie kommen nicht einmal auf die Idee, daß man diesen „Indizienbeweis“ auch umkehren könnte.

Dennoch: Eine der größten politischen Veränderungen der letzten Jahre besteht darin, daß die Stellung des jüdischen Staates sich national und international sehr gefestigt hat. Heute kann niemand mehr ernsthaft an eine Bedrohung Israels glauben. Doch die Bedrohung Israels durch die Palästinenser und die gesamte arabische Welt bzw. die (geschürte) Angst vor der „Vernichtung“ des jüdischen Staates bildete den Kitt im vielgepriesenen Verschmelzungsprozeß der jüdischen Einwanderer zu einer israelischen Nation. Die Bedrohung ist unrealistisch geworden. Die arabische Welt wird (über kurz oder lang) ihren Frieden mit Israel machen. Die Sowjetunion, die einige arabische Staaten unterstützt hatte, existiert nicht mehr.

So ist zu beobachten, daß die intellektuellen Eliten in Israel heute einen differenzierteren Zugang zur arabischen Frage suchen. Und sie artikulieren sich, ohne unter ideologischen Beschuß zu geraten. Dies ist eine neue – unter den veränderten Bedingungen für manche Politiker möglicherweise sogar zu begrüßende – Erscheinung. Während noch in der jüngsten Vergangenheit von allen führenden Kräften der israelischen Gesellschaft, seien es Politiker, Historiker oder Schriftsteller, nichts unterlassen wurde, um alle Schrecken und Grausamkeiten, die am palästinensischen Volk begangen worden sind, (erfolgreich) zu verschleiern und durch die „Existenzfrage“ zu rechtfertigen, werden die Kommentare zu Geschichte und Politik der Nation künftig wohl etwas differenzierter ausfallen. In der Vergangenheit wurde jedes Unrecht, das von Israel begangen wurde, jede Folterung, die aufgedeckt werden konnte, geradezu stereotyp mit dem übergeordneten „Überlebensinteresse“ gerechtfertigt. In den israelischen Massenmedien, ganz gleich, ob in Radio, Fernsehen oder Zeitungen, war es bis in die jüngste Zeit keineswegs außergewöhnlich, beispielsweise die Erschießung einer Frau in Nablus als eine für die Existenzhaltung Israels unumgängliche Maßnahme zu rechtfertigen. Diese Form der einseitigen Meinungsbildung in der israelischen Gesellschaft erfährt gegenwärtig einen Wandel.

Das erstarkte Selbstbewußtsein Israels gestattet nun die kritische Auseinandersetzung auch mit der eigenen Geschichte. In diesem Zusammenhang sind die sog. neuen Historiker wie Simcha Flapan, Benny Morris, Dr. Ilan Pappé von der Universität Tel Aviv und andere zu nennen. Sie demonstrieren die Mythen, mit deren Hilfe alle Generationen seit 1948 zu israelischen Staatsbürgern erzogen worden sind. Als Beispiel hier einige Zitate aus dem Buch „Die Geburt Israels“ von Simcha Flapan, der die Widersprüche in der Darstellung der Vertreibung der Palästinenser aus ihren Dörfern nach der Staatsgründung 1948 aufdeckt. Den Ausgangspunkt bildet eine Darstellung der Vertreibung, wie sie in jedem gängigen Geschichtsbuch an israelischen Schulen stehen könnte: „Die Flucht der Palästinenser aus dem Land, sowohl vor als auch nach der israelischen Staatsgründung, setzte ein als Reaktion auf einen Aufruf der arabischen Führung, das Land vorübergehend zu verlassen, um dann mit den siegreichen arabischen Armeen zurückzukehren. Sie traten die Flucht an, trotz der Bemühungen der jüdischen Führung, sie zum Bleiben zu veranlassen.“ Dazu stellt Simcha Flapan fest, daß ein Dokument, welches einen solchen Aufruf der arabischen Führung belegen hätte können, bis dato nicht gefunden worden sei; Yitzchak Rabin erinnere sich in seinem Tagebuch aus

dem Unabhängigkeitskrieg ganz anders: „Yigal Allon fragte Ben Gurion, was mit der Zivilbevölkerung (in Lydda und Ramla) geschehen solle. Ben Gurion machte eine Handbewegung, die man nur als 'Fortjagen' deuten konnte. 'Fortjagen' ist ein Ausdruck, der hart klingt. Es war psychologisch eine der schwierigsten Maßnahmen, die wir ergriffen haben. Die Bewohner von Lydda gingen nicht freiwillig. Es blieb kein anderes Mittel, als Gewalt und Warnschüsse einzusetzen, um die Bewohner dazu zu bringen, die 20-25 Kilometer bis zu der Stelle zu marschieren, wo sie auf die Arabische Legion trafen.“ (Tagebuch Yitzchak Rabin, zit. nach Simcha Flapan).

Differenzierte Untersuchungen über die Entstehung Israels und die Aufdeckung der Grausamkeiten 1948 gegen die Palästinenser kann gegenwärtig auch kaum mehr Schaden anrichten, eher im Gegenteil: diese „Fähigkeit zur Selbstreflexion“ nützt dem inzwischen angeschlagenen Ansehen Israels in der Weltöffentlichkeit. Für die eigene Existenz ist sie ohne Risiko, zumal die intellektuelle Elite keinerlei Konsequenzen aus den zutage geförderten Erkenntnissen einfordert. Es gibt leider nur sehr wenige Israelis – selbst in der Linken sind sie an den Fingern abzuzählen –, die die Auffassung vertreten, es sei an der Zeit, die Palästinenser um Vergebung zu bitten. Daß ein ganzes Volk bis zum heutigen Tage mehrheitlich in Flüchtlingslagern und Unterdrückung lebt und daß damit eine Schuld auf dem israelischen Staat lastet, die es abzutragen gilt, ist (noch) nicht Thema der Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte.

Wir hatten einmal – als wir gegen den politischen Zionismus aufstanden – eine wichtige Forderung: „gegen Apartheid“ in Israel. Sie brachte die gängige politische Praxis in Israel auf den Punkt. In dem Maße, wie die Atmosphäre im Lande sich änderte und die israelische Besatzung zum Gegenstand sowohl nationaler als auch internationaler öffentlicher Kritik wurde, ist die Infragestellung des Zionismus zum Allgemeingut geworden. Die israelische Linke hätte sich also neue, weitergehende Ziele stecken können und müssen.

Mehr denn je ist heute eine aufgeklärte politische Perspektive erforderlich, die Alternativen zum Rechts- wie zum Linkszionismus eröffnet und so nicht nur für Juden, sondern für alle in den Palästina-Konflikt Verwickelten neue Lösungsansätze bieten könnte. Doch angesichts der schwieriger gewordenen Aufgaben sowie der verfrühten und daher enttäuschten Euphorie über das Osloer Abkommen verfiel ein großer Teil der radikalen Linken in Depression.

Unstreitig gibt es heute mehr aufgeschlossene Stimmen in Israel als je zuvor. Ohne Frage auch haben die Linke und die gesamte Protestbewegung in Israel ihre Verdienste an den Entwicklungen der letzten Jahre. Die entscheidende Frage aber lautet, welchen Einfluß wir auf die nachwachsenden Generationen haben. Zweifellos ist die „Schlachtung der Heiligen Kühe“ und die Entmythologisierung all dessen, was das Selbstverständnis der israelischen Gesellschaft bisher ausmachte, ein tiefgreifender und langwieriger Prozeß, von dem insbesondere die jungen Israelis und nachkommenden Generationen betroffen sein werden. Doch gerade für sie hat das Jahr 1948 und die Geschehnisse um die Gründung Israels kaum noch eine konkrete Bedeutung. Es sind Zahlen und Fakten, die ihnen bekannt sind, die sie jedoch kaum berühren – sie scheinen für sie nicht mehr relevant. Wenn ihnen nun heute eröffnet wird, daß die israelische Staatsgründung mit der gewaltsamen Vertreibung der Palästinenser aus ihren Dörfern verbunden war, so berührt sie das nur höchst vermittelt. Doch genauso indifferent sind sie auch den hochgehaltenen nationalen Mythen gegenüber, für die sie völlig unempfänglich sind.

Dies sind die wesentlichen Resultate der Entwicklung der letzten Jahre. Die Mauern des „Ghettos“, in dem Israel existierte, sind nach und nach niedergerissen worden. Überdies ist inzwischen auch

„die arabische Welt“ eine Chimäre. Es gibt keine arabische Welt und ebensowenig eine arabische Nation. Es gibt lediglich arabische Staaten bzw. Staaten, in denen die Mehrheit der Bevölkerung islamischen Glaubens ist. Das alles hat dazu geführt, daß viele Israelis sich zunehmend für allgemeine Probleme zu interessieren beginnen, z. B. für Ökologie, für das Problem der Verelendung und der Slums, für die Diskriminierung der orientalischen Juden usw. Dies kann als Normalisierung der Situation in Israel gedeutet werden, wenn man darunter versteht, daß heute in Israel ähnliche politische Themen aufgegriffen werden wie in anderen Ländern. Doch das reicht bei weitem nicht aus zu einer echten Normalität, die in Israel so lange nicht hergestellt sein wird, solange das Palästina-Problem nicht eine für alle Beteiligten befriedigende Lösung gefunden hat. In dieser Frage hätte die israelische Linke eine zentrale Rolle zu spielen.

Im Gegensatz zur Auffassung vieler, auch linker Zionisten ist das Palästina-Problem durch die Zustimmung der PLO zu einem strategischen Kompromiß keineswegs vom Tisch. Ebensowenig läßt sich das Palästina-Problem auf eine rein administrative Angelegenheit reduzieren, wie seither mit immer derselben Geringschätzung von israelischen Politikern angenommen wird. Selbst wenn es zur Gründung eines palästinensischen Staats kommen sollte, wird er unter den heutigen Voraussetzungen bestenfalls ein israelisches Protektorat sein. Dazu abermals Jossi Sarid: „Die Palästinenser wollen partout einen Staat? Dann nennen wir es eben Staat!“ In dieser Konstellation trägt nicht zuletzt die israelische Linke eine Verantwortung. Wie stellt sich die Linke in Israel zu einem solchen Protektorat, einer Art Bananenrepublik, in der Arafat nur ein weiterer General Lahat von Israels Gnaden ist? Dies ist die neue Situation. Sie verlangt von uns, eine neue Politik zu entwickeln – möglicherweise eine neue Anti-Apartheid-Politik.

Ein markantes Beispiel, das Hoffnung macht

Die im Jahre 1983 in der Nähe von Bethlehem gegründete jüdische Siedlung Efrat wurde im Laufe der letzten zehn Jahren kontinuierlich nach Norden ausgebaut. Der Hügel Baten Al-Musai am Rande des palästinensischen Dorfes El-Khader wurde durch die israelische Regierung schon längst als „Staatsland“ deklariert und galt dadurch quasi legal als „Siedlungsland“. Allerdings kamen die Pläne offenbar nicht so schnell zur Umsetzung. Im Dezember 1994, ein Jahr nach Oslo und ein viertel Jahr nach dem Kairoer Abkommen, sollten nun weitere 400 Siedler „ihr“ Land bekommen – wie sich später herausstellte, nicht ohne die tätige Unterstützung von Rabin. Offenbar sah selbst die Regierung keine besonderen Probleme bei der inzwischen zur Routine gewordenen Umsetzung solcher Maßnahmen. Wen wundert es, daß Armee und Siedler sich vollkommen im Recht wähnten, als sie sich am 22. Dezember 1994 an die Planierung der Fläche machten? Allerdings ging die Rechnung dieses Mal nicht auf. Als die Efrat-Bulldozer mit der üblichen Militär-Eskorte erschienen, verbreitete sich die Nachricht wie ein Lauffeuer in den umliegenden Dörfern. Hunderte Dorfbewohner versammelten sich am Ort des Geschehens und verstellten mit ihren Körpern den Bulldozern den Weg. Sie wurden von der Armee gewaltsam weggedrängt, um nach einiger Zeit wieder zu erscheinen – ein Vorgang, der sich in mehreren Wellen wiederholte. Die ersten solidarischen Israelis trafen am 24. Dezember in El-Khader ein. Sie blieben mit den Dörflern über Nacht um ein Wachfeuer, denn die Siedler hatten versucht, mit ihren Bulldozern in der Deckung der Nacht das durchzusetzen, was ihnen am Tag nicht gelungen war. Am Morgen des 25. Dezember kamen noch mehr solidarische Israelis. Manche von ihnen setzten Olivensetzlinge auf dem „Hügel des Streits“. Am

Nachmittag rückte das Militär mit Verstärkung an und befahl allen Israelis, den Platz zu verlassen. Zwei israelische Friedensdemonstranten wurden sofort verhaftet. Am Abend beriefen die Friedenskräfte eine Versammlung in Jerusalem ein. Anwesend waren Peace-Now-Vertreter, Gush Shalom um Uri Avnery, das Alternative Informationszentrum B'Tselem sowie weitere kleine Gruppen, darunter auch einige Knesset-Mitglieder. Die Stimmung war sehr aufgebracht. Es wurde beschlossen, die Besetzung des Hügels von El-Khader unter Aufbietung aller Kräfte zu verhindern.

Die Siedler – unterdessen nicht untätig – forderten lautstark die Unterstützung von Polizei und Armee zur Durchsetzung ihrer „legalen Rechte“. Die Regierung antwortete mit einer Verstärkung um 500 weitere Soldaten, die am folgenden Tag vor den Augen von in- und ausländischen Journalisten eine Großoffensive einleiteten. Die Soldaten sahen sich allerdings Massen von Dörflern und Hunderten von solidarischen Israelis gegenüber, so daß sie veranlaßt waren, die Demonstranten über Lautsprecher in arabischer und hebräischer Sprache aufzufordern, das Siedlerland, auf dem sie sich illegalerweise befänden, umgehend zu verlassen. Das Kontingent von Peace Now – etwa ein Drittel der Teilnehmer – zog sich getreu ihrer Politik, israelisches Gesetz nicht zu brechen, tatsächlich zurück. Alle übrigen Israelis setzten sich zusammen mit den Palästinensern auf den Boden und hielten sich Arm in Arm fest. Es folgte das Abschleppen von 50 Demonstranten in die bereitstehenden Polizeiwannen. Die ausgerufenen Losungen konnten ebenso wie Angstschreie und Anfeuerungsrufe der Frauen auf den Bildschirmen innerhalb und außerhalb Israels gehört werden. Es wurden 31 Palästinenser und 13 Israelis verhaftet. Bei der Berichterstattung über die fortgesetzten Demonstrationswellen am selben Abend durch das Fernsehen waren die Männer, die untergehakt in der ersten Reihe gingen, gut erkennbar und wohlbekannt: Knesset-Mitglied Taleb A-Sana, Uri Avnery von Gush Shalom und Arafatberater Ahmed Tibi. Weitere 26 Demonstranten wurden dort verhaftet. Unter den 22 Israelis war auch der 71jährige Uri Avnery.

Die letzten Zusammenstöße, die man plakativ auch als „Schlacht von El-Khader“ bezeichnen mag, trugen sich am 4. Januar zu, als zwei Busse voll empörter Meretz-Mitglieder, angeführt von Ran Cohen, ihre Solidarität mit den Dörflern beweisen wollten. Sie gelangten nie an ihren Bestimmungsort. Eine große Gruppe aufgebrachter Siedler versperrte ihnen in den Weg. Es kam zu Handgreiflichkeiten, was ebenfalls abends auf den israelischen Fernsehschirmen zu sehen war.

Von Sieg oder Niederlage kann schlecht gesprochen werden. Die israelische Regierung verzichtete zwar darauf, die Siedlung auf diesem Hügel weiter auszubauen – nicht zuletzt aufgrund des internationalen Drucks; aber sie überließ den Siedlern zum Ersatz einen benachbarten Hügel für denselben Zweck.

Und doch ist dies ein Beispiel, das Hoffnung macht. Es war der Anfang gemeinsamer Basisaktivitäten in den besetzten Gebieten und in Israel und gleichsam ein Lehrstück dafür, in welche Richtung sich die solidarischen Basisaktivitäten weiterentwickeln müssen. Doch leider hat es keine weiteren gemeinsamen politischen Aktivitäten in dieser Richtung gegeben. Es gibt eben keine politisch organisierte Bewegung. So bleibt alles sporadisch und punktuell.

In Israel ist es unmöglich, die Linke von der Protest-Bewegung gegen Besatzung und gegen die Unterdrückung der Palästinenser zu trennen. Von daher waren diese Probleme niemals nur taktische Fragen. Heute hängt alles davon ab, daß die israelische Linke die einmalige Herausforderung und die Chancen der gegenwärtigen Entwicklung für die gesamte Region begreift und gemeinsam mit den oppositionellen palästinensischen Friedenskräften eine Strategie zur Überwindung der Besatzungs- und Apartheidpolitik der israelischen Regierung entwickelt.

III. Die aktuelle Situation einiger oppositioneller Organisationen

1. „Frauen in Schwarz“

Von den alten Organisationsformen bestehen in etwas abgewandelter Form noch die „Frauen in Schwarz“. Unter dem neuen Namen „Bat Shalom“ (Tochter des Friedens) stehen sie nicht mehr wie früher mit ihren Schildern „Stop the Occupation“ am alten Platz, sondern nahe der Altstadtmauer am Neuen Tor neben Notre Dame und greifen jeweils ein aktuelles Thema auf: Entlassung der Administrativ-Gefangenen, Jüdische Siedlungen in den besetzten Gebieten etc. etc. In jüngster Zeit sollen sich ihnen auch Palästinenserinnen angeschlossen haben.

2. Besuch bei Kav La'oved (Worker's Hotline)

Kav La'oved wurde 1989 von einigen Israelis gegründet, um sich für würdige Arbeitsbedingungen für die in Israel arbeitenden palästinensischen Tagelöhner aus den besetzten Gebieten einzusetzen. In dem Komitee arbeiten heute auch Palästinenser mit. Zentrales Thema ist die neue Politik der israelischen Regierung, die seit dem Osloer Abkommen nicht etwa auf eine friedliche Nachbarschaft, sondern auf die radikale Trennung zwischen Palästina und Israel ausgerichtet ist.

Der jüngste, mit den Terroranschlägen von Hamas gerechtfertigte Beschluß der israelischen Regierung, Arbeitskräfte aus anderen Ländern anzuheuern und so den Palästinensern die Arbeitsmöglichkeit in Israel zu versperren, stellt eine neue Qualität dieser Politik dar. Private Unternehmer oder Firmen machen mit den Arbeitern in deren Heimatländern Verträge – gegenwärtig sind bereits ca. 100.000 solcher ausländischer Arbeiter im Lande. Die Höchstzahl der in Israel beschäftigten palästinensischen Arbeiter, bevor sie durch die Grenzschließung ausgesperrt worden sind, lag bei ca. 150.000. – Die Arbeiter kommen aus Südamerika, aus Kolumbien, Chile oder Brasilien, aus Südafrika, von den Philippinen, aus Thailand und selbst aus China. Das Hauptkontingent kommt aus Rumänien, Bulgarien und aus Polen.

Auf diesem neuen „grauen Arbeitsmarkt“ herrscht Anarchie. Die Unternehmer halten sich nicht an die Verträge. Die Unterbringung der Arbeiter ist menschenunwürdig. Die Arbeiter sind nicht versichert, gezahlt wird ein Minimallohn, und gearbeitet wird mehr als 10 Stunden am Tag. Zur Praxis der Unternehmer gehört es, die Pässe der Arbeiter einzuziehen und von ihnen eine monatliche Abgabe von 100 \$ als Kautions zu verlangen, die sie am Ende des Arbeitsvertrages zurückbekommen können – sofern sie nicht zu einem anderen Unternehmer übergewechselt sind. Häufig herrscht völlige Zahlungswillkür, und die Arbeiter warten monatelang auf ihr Geld. Das Schlimmste: Die Arbeiter sind völlig in der Hand der Unternehmer. Die Unternehmer können sie mehr oder weniger beliebig bei der Polizei als „Störenfriede“ melden und verlangen, daß sie ausgewiesen werden. Das Innenministerium stimmt solchen Begehren in der Regel ohne nähere Nachprüfungen zu. Die eingeflogenen Arbeiter werden dann innerhalb nur weniger Tage ausgewiesen. Die Arbeiter sind ohne Rechte. Das ihnen geschuldete Geld bleibt beim Unternehmer. Die Unternehmer profitieren so doppelt: Sie behalten den Lohn des Arbeiters und sparen die Ausgaben für den Rückflug.

Kav La'oved hat sich dieser „Gast“-Arbeiter angenommen und geht gerichtlich gegen Unternehmer vor, deren infame Ausbeutung keine Grenzen kennt. Es stellt sich nicht selten heraus, daß die neuen Tagelöhner häufig noch unter dem Lohn arbeiten, den die Palästinenser bekommen hatten – und der war schon alles andere als angemessen. Aufgrund der Aussperrung der Palästinenser be-

trägt die Arbeitslosigkeit in Gaza derzeit 58%, in der Westbank liegt sie bei 50%. Zum Vergleich die Zahl für die armen Regionen Afrikas: Dort wird die Arbeitslosigkeit auf 40% geschätzt. Insgesamt verschlechtern sich jedoch nicht nur für die palästinensischen, sondern auch für die israelischen Lohnabhängigen die Arbeits- und Lebensbedingungen. Viele der Israelis, die bisher die „schmutzigen“ Arbeiten ausführten, sind derzeit arbeitslos. Es wird bereits davon gesprochen, ihnen die Arbeitslosenunterstützung zu versagen, wenn sie die ihnen angebotenen Arbeitsstellen und -bedingungen nicht anzunehmen bereit sind.

3. Die rapide Liquidierung der Histadrut (Israelische Gewerkschaft)

Die Histadrut spielte immer eine sehr große Rolle in Israel. Sie wurde noch vor der Staatsgründung aufgebaut und war in Israel ein politischer und wirtschaftlicher Machtfaktor. Lange Zeit galt die Histadrut mit ihren Industrieunternehmen auch als größter Arbeitgeber mit den besten Arbeitsbedingungen und einem Kranken- und Sozialversicherungssystem, das besser war als das der Regierung. Diese Zeit ist vorbei. Endgültig vorbei!

Die Histadrut wird von der Regierung nicht mehr subventioniert. Eine Gewerkschaftszeitung, *Al Ha'Mishmar*, ist schon eingegangen, die zweite und größere, *Dawar*, steht kurz vor dem Aus. Nicht daß ich die Politik der Histadrut immer gutgeheißen habe; aber Errungenschaften für die Lohnabhängigen hat sie doch erstritten. Diese sollen nun – nicht anders als auch in Deutschland – rückgängig gemacht werden. Alles wird privatisiert. Tarifverträge mit der Gewerkschaft werden aufgekündigt. Gegenwärtig sind nur noch etwa 20% aller Beschäftigten organisiert. Die Privatisierung der relevanten Wirtschaftszweige Israels und folglich auch die Schwächung der Histadrut sind ein wichtiger Bestandteil des US-Konzepts für das Land. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die sogenannten Tauben in der Regierung, die das Abkommen von Oslo unterstützten, gegenwärtig zu den scharfen Gegnern der Histadrut gehören und für die Privatisierung streiten.

Als Johannes Rau während seines Besuchs in Israel über Investitionsinteressen des deutschen Kapitals sprach, hob er pikanterweise hervor, daß sowohl die Deutsche Bank als auch Siemens daran interessiert seien, die Bank der Histadrut, Bank Hapoalim, zu übernehmen, die von allen israelischen Banken am profitabelsten arbeite.

Kommt euch das alles nicht auch höchst bekannt vor?!!

4. PHR – The Association of Israeli-Palestinian Physicians for Human Rights

Ich habe in meinen vorigen Berichten wiederholt sehr ausführlich über diese Ärzteorganisation gesprochen. Sie ist eine der wenigen Organisationen, in denen Israelis und Palästinenser gemeinsam arbeiten, und sie funktioniert bis zum heutigen Tage auf binationaler Basis. Der Verein setzt seine ständigen, schon zur Routine gewordenen Aktivitäten fort, z.B. monatliche „Gesundheitstage“ in palästinensischen Dörfern und Flüchtlingslagern, Überweisung palästinensischer Patienten, die in den besetzten Gebieten nicht die nötige Behandlung bekommen können, in israelische Krankenhäuser usw.

Die Betreuung von Gefangenen in den israelischen Gefängnissen ist ein weiterer wichtiger Aufgabenbereich der PHR. Hierbei konzentrieren sie sich hauptsächlich auf palästinensische Jugendliche unter 17 Jahren, die nicht etwa in Jugendhaftanstalten, sondern in normalen Gefängnissen gehalten und mit allen damit verbundenen Implikationen konfrontiert werden. (Kommt euch das von unserer Flüchtlingspolitik in Deutschland her nicht bekannt vor?)

Außerdem gibt es das Problem der Isolationshaft. Für die israelischen Gefängnisse gibt es zwei Regelungssysteme, die einander widersprechen: das Gesetz über Gefängnisse und daneben eine Verordnung der Oberaufsicht, d.h. der Gefängnisleitungen. Während das Gesetz eine Isolationshaft von nur sieben Tagen erlaubt und im Wiederholungsfall sieben Tage dazwischen liegen müssen, kann die Gefängnisleitung anordnen, daß ein Gefangener auf unbegrenzte Zeit isoliert werden kann. So gibt es Fälle, daß Gefangene jahrelang in Isolationshaft gehalten werden, entweder zur Strafe oder angeblich zu ihrer eigenen Sicherheit – oder aber zur „Sicherheit“ des Gefängnisses. Die PHR hat im Namen einiger Gefangener eine Eingabe beim Obersten Gericht gemacht, mit der ein Urteil erwirkt werden soll, das diese Doppelzuständigkeit aufhebt.

Die PHR bereiten zur Zeit einen gemeinsamen israelisch-palästinensischen Ärztekongreß am 7./8. Mai in Jerusalem vor, in Fortsetzung des Kairoer Kongresses, von dem ich vor einem Jahr berichtet habe. Es haben sich bereits prominente Ärzte und Organisationen beider Seiten angemeldet. Die PHR arbeitet eng mit Hanan Ashravi zusammen. Hanan Ashravi war Mitglied der palästinensischen Delegation in Madrid. Sie hat sich mit dem Osloer Abkommen – da es hinter dem Rücken der Delegationen ausgehandelt worden war – nicht einverstanden erklärt und konzentriert sich seitdem auf Menschenrechtsverletzungen. Sie steht der größten palästinensischen Menschenrechtsorganisation vor.

Apartheid

Als die Ministerin für Kultur, Shulamit Aloni, auf der Festversammlung des Schriftstellerverbands laut dagegen protestierte, daß der Verband bis heute keine israelisch-*arabischen* Schriftsteller aufgenommen habe, brach regelrechter Tumult aus. Die Einmischung der Ministerin in die inneren Angelegenheiten des Verbands wurde harsch zurückgewiesen. Am folgenden Tag ließ Shulamit Aloni verlauten, sie erwäge, die Subventionen für den Verband zu kürzen. – Ich glaube, eher „kürzt“ man ihr den Ministersessel.

Das oberste Rabbinat in Israel hat nun gestattet, was bisher streng verboten war, Toten Organe zum Zweck der Transplantation zu entnehmen. Allerdings nur – man höre und staune – an gläubige Juden, nicht an jüdische Agnostiker und nicht an Nicht-Juden.

IV. Die palästinensische Gesellschaft – politische Oppositionen seit Oslo 1993

Das statistische Material, das den folgenden Ausführungen zugrundeliegt, ist einem Artikel von Dr. Helga Baumgarten, Jerusalem, entnommen, der in der Beilage zu der deutschen Wochenzeitung „PARLAMENT“ von Mitte März erschien. Nach den Ergebnissen der Meinungsumfragen, die seit September 1993 monatlich vom Palästinensischen Forschungsinstitut in Nablus durchgeführt werden, müssen die politischen Einstellungen in der Westbank und im Gaza-Streifen als erstaunlich pragmatisch bewertet werden. Die Mehrzahl der Bewohner der besetzten Gebiete sind offensichtlich bereit und in der Lage, ihre Verzweiflung und Wut hintanzustellen, wenn es darum geht, zum begonnenen Prozeß politischer Verhandlungen Stellung zu nehmen. Vor dem Hintergrund der Emotionalität, die den soziopolitischen Kontext des israelisch-palästinensischen Konflikts bisher geprägt hat, sind die Antworten auf die Fragen fast durchweg nüchtern und politisch besonnen. Das Votum für demokratische Wahlen ist quer durch die Bevölkerung sehr hoch. Nach allen Umfragen wollen

sich konstant über 70% der Wahlberechtigten an den Wahlen beteiligen. Die größte palästinensische Organisation, FATAH, der Yassir Arafat vorsteht und deren politische Ausrichtung eher als „nationale Mitte“ als durch „links“ oder „rechts“ zu umschreiben ist, erhält seit September 1993 konstant mehr als 40% der Stimmen. Stützt man sich auf die Nabluser Umfragen, so besteht kein Zweifel daran, daß Arafat die Wahlen gewinnen würde, wenn sie denn endlich stattfänden.

Die radikal-islamistische Opposition ist weitaus schwächer, als allgemein angenommen wird, und dies obwohl die von ihren Aktivisten immer wieder durchgeführten Selbstmord-Anschläge in der palästinensischen Gesellschaft durchaus positiv aufgenommen werden. Die größte islamistische Oppositionsgruppe, Hamas, hat bis November 1994 nie mehr als 14% der Wählerstimmen erhalten. Addiert man noch die Stimmen für die kleine Islamische-Jihad-Gruppe dazu, so zeigt sich, daß die gesamte islamistische Opposition in den besetzten Gebieten im November 1993 17,9% und im November 1994 21,1% der Stimmen für sich verbuchen konnte. Ein Zuwachs von 2,2%, obgleich die Politik der israelischen Regierung seit Oslo 1993 durchaus geeignet war, Kritikern des Fatah-Kurses Aufwind zu geben.

Interessant ist das Lager der „Unabhängigen“. Der Anteil der Gruppierungen, die sich nicht auf den Kurs Arafats festlegen lassen und auch nicht für die islamistische Opposition entscheiden wollen, ist mit 28% (Dezember 1994) überraschend hoch. Ob sich hier das Potential für eine liberal-demokratische Partei wie die von Haidar Abdel-Schafi – dem „aufrechten alten Herrn aus Gaza“ -, im Dezember unter dem Namen „Demokratische Partei“ gegründet, findet, läßt sich im Moment nicht mit Sicherheit voraussagen.

Die politische Lösung, die sich derzeit herauskristallisiert, folgt ohne Einschränkung den Vorstellungen der USA und ihres Verbündeten Israel. Den Palästinensern ist in dem gesamten gegenwärtigen Prozeß lediglich eine Art Juniorrolle zugeordnet, mit der Konsequenz, daß sie seinen Gang kaum beeinflussen können. Die Frage, ob ein Prozeß, dem sie nahezu ohnmächtig ausgeliefert sind, wirklich geeignet ist, sie dem Ziel eines unabhängigen Palästina, für das sie so lange gekämpft haben, näher zu bringen, ist für die Palästinenser nach wie vor offen! Dies muß bei jeder Beurteilung der Situation von außen stets bedacht werden.

Yassir Arafat ist zweifellos der charismatische Führer des palästinensischen Nationalismus nach 1948. Er trägt die Verantwortung sowohl für den Befreiungskampf als auch für den durch die PLO bereits 1974 eingeleiteten und seit 1988 endgültig eingeschlagenen Friedens- und Verhandlungskurs mit Israel. Für Arafat entscheidet sich gegenwärtig, ob er „nur“ als Führer des palästinensischen Befreiungskampfes in die Geschichte eingehen oder ob er auch der Führer der Palästinenser in den Aufbaujahren eines künftigen Staats sein wird. Es ist ja noch keineswegs klar – auch auf palästinensischer Seite nicht –, wie dieser Staat aussehen soll und wie und ob er die im Befreiungskampf entwickelten Forderungen und Erwartungen erfüllen wird.

Die Staatsgründung als Ziel eines langen Befreiungskampfes und der Aufbau eines Staates sind zwei verschiedene Dinge. Das wurde sowohl in Madrid 1991 als auch in Oslo 1993 sehr deutlich. Dieser Umstand wird von Kritikern der aktuellen Situation auf palästinensischer Seite und insbesondere der PLO allzuoft übersehen. Historisch gibt es bisher kein Beispiel für einen gewaltlosen Übergang vom nationalen Befreiungskampf zum demokratischen Aufbau eines Staats. Ob die Palästinenser, die diese Aufgabe überdies unter den denkbar kompliziertesten Bedingungen zu bewältigen haben, den gordischen Knoten der Geschichte als erste lösen können, vermag heute niemand zu sagen. Wenn das gelingen soll, müssen die unter Arafats Führung aufgebauten Organe so de-

mokratisch wie möglich sein und Akzeptanz in der palästinensischen Bevölkerung finden. Anders wird eine neue nationale Identität kaum zu schaffen sein.

Schwierig ist auch der Spagat, den Arafat zwischen der Verhinderung eines Bürgerkrieges und der Erfüllung der Forderungen der israelischen Regierung, entschieden gegen die Hamas vorzugehen, bewältigen muß. Und schließlich wird die PLO-Führung lernen müssen, die politische Macht mit palästinensischen Experten und mit „Neulingen“ zu teilen, die nicht schon aus Tunis, aus der Periode des nationalen Befreiungskampfes, bekannt sind. So sind denn die Probleme, vor denen sich das palästinensische Volk gegenwärtig sieht, zu einem großen Teil dieselben, die jede nationale Befreiungsbewegung beim Übergang zum Aufbau eines eigenen Nationalstaats lösen mußte; aber ihre Ausgangssituation ist so schwierig wie kaum eine andere zuvor.

Am 18. Februar hat die palästinensische Polizei in Gaza Raji Sourani, den mit dem Kennedy-Preis für Menschenrechte ausgezeichneten Direktor des Gaza-Zentrums für Recht und Gesetz (GCRL) und einer der prominentesten Menschenrechtsanwälte in den besetzten Gebieten, verhaftet. Als Grund gab die Polizei die Veröffentlichung einer Stellungnahme durch das GCRL an, in der die zu errichtenden palästinensischen Militärgerichtshöfe scharf kritisiert worden waren. Die Verhaftung erfolgte mit Billigung der höchsten palästinensischen Autoritäten (Arafat persönlich), wenn nicht sogar durch ihre Verfügung.

Auch ein weiterer Kritiker der Militärgerichtshöfe, Mohammed Dahman, Direktor von ADDAMEER (Consciousness) – einem Juristen-Zentrum zur Verteidigung von politischen Gefangenen – wurde verhaftet. Beide kamen jedoch nach 16 Stunden wieder frei.

Dazu die Vorsitzende der unabhängigen Kommission für Bürgerrechte, Hanan Ashravi: „Es gibt keine Notwendigkeit oder gar Dringlichkeit, Militärgerichtshöfe einzurichten. Besonders angesichts einer so vagen und dehnbaren Definition von Staatssicherheit... Vorrangig ist ein ziviles, unabhängiges Rechtssystem. Wir haben immer noch keine demokratisch beschlossenen Gesetze oder eine Legislative (die den Namen verdiente).“

Ohne qualitative Fortschritte im Friedensprozeß und nachhaltige Vertrauensbildungsmaßnahmen vor allem von israelischer Seite wird eine Zuspitzung der bereits jetzt äußerst angespannten Situation kaum ausbleiben. Neue palästinensische Selbstmordkommandos werden mit israelischen Repressionen gegen die gesamte palästinensische Bevölkerung beantwortet werden, diese werden ihrerseits zur Bildung weiterer Selbstmordkommandos führen, usw. Ein Teufelskreis – mit hoher Explosionsgefahr.

